

Tagesordnung 1 Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 22. September 2015

Vorlagen-Nr. 15-F-33-0045

**Einführung von gleichstellungsorientierter Haushaltssteuerung (Gender-Budgeting) in Wiesbaden  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 11.05.2015 -  
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.05.2015**

---

### **Beschluss Nr. 0053**

1. Der Ausschuss legt als Begriffsbestimmung fest:

Gender Budgeting ist Teil der gleichstellungspolitischen Strategie Gender Mainstreaming. Es stellt die genderbezogene Analyse und die gleichstellungsorientierte Bewertung der Verteilung von Ressourcen in den Mittelpunkt - insbesondere Geld, Zeit, bezahlte bzw. unbezahlte Arbeit. Das übergeordnete Ziel von Gender Budgeting ist die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Ressourcenverteilung.

Gender Budgeting beschränkt sich somit nicht allein auf die Ressource Geld und umfasst mehr als die geschlechterdifferenzierte Analyse zur Nutzung bestimmter öffentlicher Ausgaben. Dennoch wird Gender Budgeting im aktuellen Diskurs häufig als Verfahren zur systematischen Analyse und Gestaltung der öffentlichen Haushaltspolitik mit dem Ziel der Gleichstellungsorientierung verstanden.

Öffentliche Haushalte bilden Verteilungsverhältnisse ab und sind Ausdruck von politischen Prioritätensetzungen. Die Haushaltsplanung, also die „Budgetierung“, ist daher ein wichtiges politisches Steuerungsinstrument. Gender Budgeting basiert auf der Annahme, dass es keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik gibt und jeder öffentliche Haushalt geschlechtsspezifische Auswirkungen hat. Hier zielt Gender Budgeting darauf ab, für Frauen und Männer sowie Mädchen und Jungen den gleichen Zugang zu den öffentlichen Haushaltsmitteln sicherzustellen. Gender Budgeting gilt als wirkungsvolles Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit auch durch eine veränderte Haushaltsführung herzustellen.

2. Dem Pilotprojekt-Vorschlag von Frau Schmertmann (Kämmerei)  
„Förderung des Sports inkl. Sportveranstaltungen (Amt 52)“ wird gefolgt.
3. Der Magistrat wird gebeten im Ausschuss das Verfahren und die mögliche Umsetzung - mit dem Ziel der Realisierung noch im Haushalt 2016/17- des Projekts darzulegen.
4. An der Konzeption sollen der Ausschuss für Frauenangelegenheiten und das Kommunale Frauenreferat mitwirken.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2015

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2015

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2015

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat I/F  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister